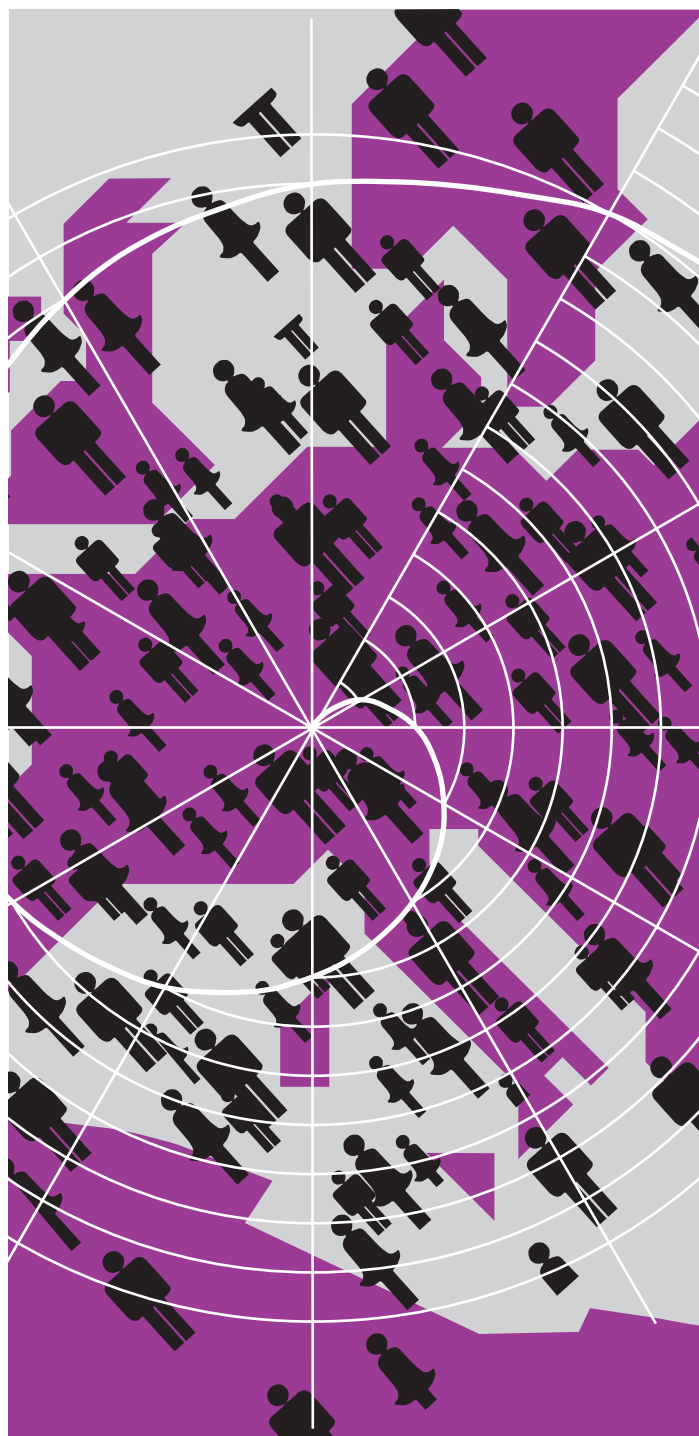


DEMOS

Informationen aus der Demografie

Nr. 4/2002



**Einwanderungsland Schweiz -
Einwanderungskontinent Europa:
eine Zwischenbilanz**

Werner Haug

Statistik der Schweiz

Die vom Bundesamt für Statistik (BFS) herausgegebene Reihe «Statistik der Schweiz» gliedert sich in folgende Fachbereiche:

- | | | | |
|----|---|----|--|
| 0 | Statistische Grundlagen und Übersichten | 11 | Verkehr und Nachrichtenwesen |
| 1 | Bevölkerung | 12 | Geld, Banken, Versicherungen |
| 2 | Raum und Umwelt | 13 | Soziale Sicherheit |
| 3 | Arbeit und Erwerb | 14 | Gesundheit |
| 4 | Volkswirtschaft | 15 | Bildung und Wissenschaft |
| 5 | Preise | 16 | Kultur, Medien, Zeitverwendung |
| 6 | Industrie und Dienstleistungen | 17 | Politik |
| 7 | Land- und Forstwirtschaft | 18 | Öffentliche Verwaltung und Finanzen |
| 8 | Energie | 19 | Rechtspflege |
| 9 | Bau- und Wohnungswesen | 20 | Einkommen und Lebensqualität der Bevölkerung |
| 10 | Tourismus | 21 | Nachhaltige Entwicklung und regionale Disparitäten |
-

Inhaltsverzeichnis

Einwanderungsland Schweiz - Einwanderungskontinent Europa: eine Zwischenbilanz

Werner Haug*

Einleitung	3
Migration und interkulturelle Beziehungen in der Schweiz	5
Eingewanderte Bevölkerungen in Europa	15
Die Zukunft der Migrationen in der Schweiz	24

Informationen

Pressemitteilungen	27
Publikationen des BFS	27

* Vizedirektor und Leiter der Abteilung Bevölkerung und Beschäftigung im Bundesamt für Statistik

Herausgeber: Bundesamt für Statistik (BFS)
Auskunft: Elisabeth Aebischer, Sektion Bevölkerungsentwicklung, BFS, Tel. 032 713 67 11
E-Mail: info.bev@bfs.admin.ch
Realisierung: Sektion Bevölkerungsentwicklung, BFS
Vertrieb: Bundesamt für Statistik
CH-2010 Neuchâtel
Tel. 032 713 60 60 / Fax 032 323 60 61
Bestellnummer: 238-0204
Preis: Fr. 7.– (Jahresabonnement Fr. 25.–)
Reihe: Statistik der Schweiz
Fachbereich: 1 Bevölkerung
Erscheinungsweise: 4 Ausgaben pro Jahr
Originaltext: Deutsch
Übersetzung: Sprachdienste BFS
Grafik/Layout: BFS
Copyright: BFS, Neuchâtel 2002
Abdruck – ausser für kommerzielle Nutzung –
unter Angabe der Quelle gestattet
ISBN: 3-303-01160-5

Einwanderungsland Schweiz - Einwanderungskontinent Europa: eine Zwischenbilanz

Einleitung

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat in den vergangenen Jahren versucht, durch seine regelmässige statistische Berichterstattung und durch vertiefte Analysen einen Beitrag zur Versachlichung und empirischen Fundierung der Diskussion über Migration und Integration zu leisten.

Meilensteine hierzu waren die Veröffentlichungen «Vom Einwanderungsland zur multikulturellen Gesellschaft» (1995), «Einbürgerungen in der Schweiz» (2000) «Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz» (1996 und 2002) und die seit 1998 jährlich erscheinende Publikation «Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz».

Heute stehen die Schweiz (mit dem Vertrag über Personenfreizügigkeit mit der EU und dem in der parlamentarischen Beratung stehenden neuen Ausländergesetz) und Europa (mit dem Bestreben nach einer gemeinsamen Migrations- und Asylpolitik der EU sowie der Strategie des Europarates zur Steuerung der Migrationen und zur Ausländerintegration) an der Schwelle zu einer neuen Epoche der Migrations- und Integrationspolitik. Es ist eine günstige Zeit, um eine Zwischenbilanz über die demografischen und sozialen Aspekte der Migration zu ziehen.

Das vorliegende Demos vereinigt drei Texte, die in den vergangenen zwei Jahren entstanden sind und die Ergebnisse von Forschungsprogrammen auf nationaler und internationaler Ebene zum Themenkreis «Migration und Integration» zusammenfassen.

Der erste Beitrag gibt einen Überblick zu wichtigen Ergebnissen des vom Schweizer Bundesrat 1995 in Auftrag gegebenen Nationalen Forschungsprogramms 39, «Migration und interkulturelle Beziehungen», welches 2002 abgeschlossen wurde.

Der zweite Beitrag fasst die Ergebnisse einer vom Europarat in den Jahren 1998-2001 durchgeführten ländervergleichenden Studie zu den demografischen Auswirkungen der Migration in Europa zusammen, an welcher auch die Schweiz mit einer Länderstudie beteiligt war.

Der dritte Beitrag enthält eine Stellungnahme über die Zukunft der Migrationen in der Schweiz, welche anlässlich der Anhörungen der staatspolitischen Kommission des Nationalrates zum neuen Ausländergesetz (AuG) im Sommer 2002 verfasst wurde.

Der Autor der Beiträge, Dr. Werner Haug, Vizedirektor und Leiter der Abteilung Bevölkerung und Beschäftigung im Bundesamt für Statistik, war an verantwortlicher Stelle bei der Gestaltung und Durchführung der Forschungsprogramme und Studien beteiligt.

Migration und interkulturelle Beziehungen in der Schweiz¹⁾

«Le pays d'accueil n'est ni une page blanche ni une page achevée, c'est une page en train de s'écrire.»

Amin Maalouf

1 Wachsende kulturelle Heterogenität

Die Schweiz gehört in sprachlicher, ethnischer und religiöser Hinsicht zu den europäischen Ländern mit der grössten kulturellen Diversität. In der Schweiz haben Mehrsprachigkeit (Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch) und Religionsvielfalt (evangelisch-reformierte und römisch-katholische Kirche, Christkatholiken, jüdische Glaubensgemeinschaft) Tradition. In den letzten 50 Jahren war die Schweiz zudem ein Einwanderungsland, auch wenn die offizielle Politik diesen Begriff bis heute vermeidet.

Laut Schätzungen sind seit 1945 rund 2 Millionen Personen in die Schweiz eingewandert oder hier als Kinder von Immigranten aufgewachsen. Ohne Migration würde die Bevölkerung der Schweiz heute lediglich 5,2 Millionen statt 7,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zählen (Wanner, 2003). Die Migration trug damit in der Schweiz im Verlauf der letzten 50 Jahre stärker zum Bevölkerungswachstum bei als in den klassischen Einwanderungsländern USA, Kanada und Australien.

Bis zur Ölkrise Anfang der 1970er Jahre war die Entwicklung durch die binneneuropäische Arbeitsmigration aus dem Süden – zuerst Italien, dann Spanien – in die wirtschaftlich boomende Schweiz geprägt. Mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in den Herkunftsländern kehrten die meisten Migranten zurück (Mahnig, Piguet, 2003).

In den 1980er Jahren hat sich das Bild der Migration verändert. Die Arbeitskräftemigration machte allmählich der Familienmigration Platz. Zu den klassischen Rekrutierungsländern für ausländische Arbeitskräfte kamen Portugal, die Türkei und Ex-Jugoslawien dazu. Weiter kamen aus Indochina, Sri Lanka und dem Mittleren Osten grosse Flüchtlingsgruppen in die Schweiz. Schliesslich haben sich mit dem Fall der Mauer auch die Grenzen zu Osteuropa geöffnet.

Die kulturelle Heterogenität der Bevölkerung in der Schweiz hat in Folge der ständig wechselnden Zusammensetzung der Migrationsströme in den letzten 15 Jahren stark zugenommen. Vom demografischen Gesichtspunkt aus gibt es für die bessere Sichtbarkeit und das zunehmende Gewicht der «neuen Einwanderer» aber noch einen weiteren Grund. Die erste Immigrationswelle gelangte

¹⁾ Dieser Beitrag enthält eine Zusammenfassung ausgewählter Resultate des Nationalen Forschungsprogramms 39 (Migration und interkulturelle Beziehungen). Ich danke Gianni D'Amato, Sandro Cattacin, Rebekka Ehret, Tcherine Mekideche und Martin Schuler für ihre Unterstützung und ihre konstruktive Kritik.

zu einer Zeit in die Schweiz, als das Bevölkerungswachstum auf Grund der Babyboom-Generationen in ganz Europa in die Höhe schnellte. Heute weisen die meisten europäischen Länder ein Nullwachstum oder sogar bereits rückläufige Bevölkerungen auf (z. B. Deutschland und Italien). In der Schweiz wie in zahlreichen andern europäischen Ländern, die über kein eigenes Wachstumspotenzial mehr verfügen, ist das positive Bevölkerungswachstum einzig auf die «neue Immigration» zurückzuführen.

Angesichts der zunehmenden demografischen und wirtschaftlichen Ungleichgewichte auf der Welt – Abnahme der Bevölkerung in Europa und Verdoppelung in den Entwicklungsländern in den kommenden 50 Jahren – stehen wir in der Migrationsgeschichte am Anfang einer neuen Phase, in welcher sich der europäische Raum als Einwanderungsregion neu organisiert.

2 Felder der Interkulturalität

Wo stehen die Immigranten in der Schweizer Gesellschaft? Hat die Migration die interkulturellen Beziehungen verändert? Welches sind die Erfolge und die Herausforderungen im Integrationsbereich? In den folgenden Kapiteln sollen anhand der Resultate des soeben abgeschlossenen Nationalen Forschungsprogramms 39 einige Antworten auf diese Fragen geben werden. Dabei stehen die folgenden drei Bereiche im Zentrum: 1) Segregation im städtischen Wohngebiet; 2) Berufs- und Arbeitswelt; 3) Erwerb der Schweizer Staatsangehörigkeit und Spielregeln einer multikulturellen Gesellschaft.

2.1 Segregation im städtischen Wohngebiet

Die Studien zur räumlichen Segregation zeigen, dass in den 1990er Jahren die nationale und kulturelle Zugehörigkeit zum wichtigsten Kriterium für die ungleiche räumliche Verteilung der Einwohnerinnen und Einwohner in den Schweizer Städten wurde (Huissod et al., 1999; Schuler, 2001, Arend, 2003). In den Agglomerationen ist die Segregation nach kultureller Herkunft heute stärker als die Segregation nach sozioprofessionellen Kategorien und insbesondere jener, die durch das Alter und die Stellung im Lebenszyklus bedingt ist. Mit einer Ausnahme: Die höheren Kader und liberalen Berufe sind – unabhängig von der Nationalität – auf die bevorzugten Wohnlagen der reichen und periurbanen Gemeinden konzentriert.

In der Schweiz sind Quartiere mit einer ausgeprägten Konzentration gewisser Ethnien oder spezifischer kultureller Gruppen jedoch äusserst selten. Am stärksten ist die Segregation heute bei den Migranten aus der Türkei und Ex-Jugoslawien (sowohl bei den slawischen als auch bei den albanischen Einwanderungsgruppen), während die Segregation bei den deutschen und französischen Einwanderern in den Grenzregionen Basel und Genf am schwächsten ausfällt. Auch die Migranten aus Italien weisen niedrige Segregationsindizes auf. Es besteht demzufolge ein direkter Zusammenhang zwischen der geografischen und sozialen Herkunft der Immigranten, der Einwanderungsperiode und dem Grad der räumlichen Segregation.

Bei den Immigranten aus der Türkei und Ex-Jugoslawien ist zudem eine Zunahme der Segregation auszumachen: Zwischen 1990 und dem Jahr 2000 sind

die Segregationsindizes dieser beiden Einwanderungsgruppen in allen Schweizer Städten stark und relativ konstant angestiegen. Demgegenüber ist sie bei den Immigranten aus Italien, Spanien und Portugal durchwegs abnehmend (Schuler, 2001). Da die Gründe dafür bis heute kaum untersucht worden sind, kann nicht gesagt werden, ob es sich lediglich um ein vorübergehendes Phänomen oder eine dauerhafte Entwicklung handelt. Eine kürzlich veröffentlichte Studie über die alten Arbeiterviertel in Basel zeigt, dass die Stadtentwicklungspolitik der 1990er Jahre in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielt (Stienen, 2001; Ehret, 2001).

Insgesamt ist die Segregation in den Schweizer Städten jedoch deutlich geringer als in den ausländischen Metropolen. Obwohl Genf bei weitem den höchsten Ausländeranteil in der Schweiz aufweist, ist die Segregation in dieser Stadt am schwächsten. Die grossen Deutschschweizer Städte weisen eine stärkere Segregation auf als die Städte der Romandie. In den mittleren Industriestädten (Neuenburg, Freiburg, Winterthur und Schaffhausen) unterscheiden sich die Quartiere – im Gegensatz zu den Grossstädten – kaum in ihrer soziokulturellen Zusammensetzung.

Der relativ niedrige Segregationsgrad ist auf die geringe Grösse der Schweiz und ihrer Städte sowie das weitgehende Fehlen einer räumlich bzw. objektorientierten sozialen Wohnungs- und Wohnbaupolitik zurückzuführen (wie beispielsweise die Politik der so genannten «habitations à loyer modéré» bzw. HLM in Frankreich).

Weshalb kann die räumliche Konzentration von Immigranten in gewissen Stadtquartieren aber dennoch ein Problem darstellen? Die Antwort ist im grösseren Zusammenhang der Stadtentwicklung zu sehen:

1. In den grossen Kernstädten der Deutschschweiz finden sich nicht nur Quartiere mit sehr hohen Ausländeranteilen, sondern auch mit einem hohen Anteil von Personen mit niedrigem sozialem Status und relativ schlechten Lebensbedingungen (Wohnverhältnisse, Umweltbelastung, Lärm usw.). In gewissen Quartieren ist ein Teufelskreis entstanden zwischen der Verschlechterung der Lebensqualität, Bodenspekulation, Konzentration neuer Immigranten und dem Wegzug insbesondere von Schweizer Familien mit Kindern. Der enge Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Faktoren ist offensichtlich.
2. In diesen Fällen stehen die Attraktivität eines Wohnquartiers und der Ausländeranteil in direktem Zusammenhang mit der Einstellung der Schweizer Bevölkerung in Bezug auf Interkulturalität. Mieter, welche in wenig attraktiven Quartieren mit hohem Ausländeranteil wohnen, sind Ausländern deutlich weniger freundlich gesinnt als jene in den bevorzugten Quartieren, wo nur wenige Ausländer leben. Dabei besteht ein enger Zusammenhang zur Alterung in den Quartieren. Rentnerinnen und Rentner sind Ausländern gegenüber nämlich oft negativer eingestellt als die übrige Bevölkerung. Dies kann auf fehlende soziale Kontakte, die Angst vor sozialer Deklassierung und unbefriedigte Ordnungs- und Sicherheitsansprüche zurückgeführt werden (Wimmer, 2003).

Die Schweizer Städte zeigen insgesamt ein vielfältiges und komplexes Bild. Für eine interkulturelle Politik im städtischen Raum ist eine umfassende Perspektive nötig, welche sich in die Stadtentwicklungspolitik einfügt. Sie muss sowohl die Schweizer als auch die Einwanderer, die öffentlichen Ämter und die Immobilienbesitzer mit einschliessen und in ihren Programmen die verschiedenen kulturellen Gruppen, sozialen Schichten und Alterskategorien berücksichtigen.

2.2 Berufs- und Arbeitswelt

Die Untersuchung der Segregation im städtischen Wohngebiet hat bereits gezeigt, wie eng soziale, wirtschaftliche und kulturelle Faktoren miteinander zusammenhängen. Dasselbe gilt auch für die berufliche Segregation. In der Vergangenheit hat die Schweizer Immigrationspolitik der Segregation im Bereich der Berufe, der Branchen und des Einkommens Vorschub geleistet und zu deren Fortbestand beigetragen (Flückiger et al., 2000).

In der Alterskategorie der 15- bis 40-Jährigen ist die berufliche Segregation nach der Herkunft sogar stärker als jene nach dem Geschlecht. Die Aufstiegsmobilität der Immigrantinnen und Immigranten wurde bisher durch ungenügende berufliche Ausbildung und Arbeitserfahrung, befristete Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen sowie durch Diskriminierungseffekte behindert. Demgegenüber wurden den Schweizern Aufstiegsmöglichkeiten geboten, die nicht durch ihre Bildung und ihren Leistungsausweis, sondern vielmehr durch die Schweizer Herkunft bestimmt wurden.

Die ausländischen Arbeitskräfte – insbesondere die Saisoniers – wurden in gewissen Branchen und Berufen auf Grund ihrer Herkunft benachteiligt. Dabei spielen auch kulturell bedingte Diskriminierungen, beispielsweise gegenüber Schwarzafrikanern, eine Rolle, die auf eine stark differenzierte Integration in den Arbeitsmarkt hinweisen. Einer der Gründe dafür ist die Entwertung der im Herkunftsland erworbenen Ausbildungsabschlüsse: Durch Immigration in die Schweiz geht der einkommensbezogene Ertrag einer Ausbildung im Durchschnitt um die Hälfte zurück. Humankapital ist also nicht ohne weiteres transferierbar. Um echte Chancengleichheit zu gewährleisten, ist eine stärkere Homogenität im Aus- und Weiterbildungsbereich zwischen Herkunfts- und Zielländern unerlässlich.

Mit der Abkehr von der diskriminierenden Bewilligungspolitik durch die Freizügigkeit mit der EU soll die Segregation für europäische Binnenmigranten abgebaut werden, indem diese nicht mehr systematisch bestimmten Branchen und Funktionen zugewiesen werden. Die Frage ist gestellt, wie sich die Situation für die aussereuropäischen Immigranten entwickeln wird.

Die ausländische Bevölkerung in der Schweiz ist jedoch sehr heterogen und Verallgemeinerungen sind gefährlich. Eine Studie über den Beitrag der Immigration zur Innovation in den Branchen Mikrotechnologie, Uhren und Kommunikation (Berset et al., 1999) zeigt, dass es zwei Gruppen von ausländischen Arbeitskräften gibt, welche ein äusserst unterschiedliches Profil aufweisen: Personen, welche sich dauerhaft niedergelassen haben und im Allgemeinen gut in-

tegriert sind, und Migranten, welche sich aus beruflichen Gründen nur vorübergehend in der Schweiz aufhalten («transnationale» Beschäftigte der multinationalen Unternehmen und hoch qualifizierte Arbeitskräfte). Letztere sind aber insbesondere von der Wirtschaft erwünscht und stark nachgefragt. Vom kulturellen und sozialen Gesichtspunkt aus sind sie in der Schweiz jedoch kaum integriert. Sie leben in einem relativ geschlossenen Kreis, und ihre Kommunikationssprache ist im Allgemeinen Englisch. Die beiden Kriterien «Erwünschbarkeit/Akzeptanz» und «Integration» stimmen in einer globalisierten Wirtschaft nicht immer überein.

Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass nicht nur diskriminierende Regelungen in Bezug auf Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen problematisch sind, sondern dass sich die Politik vor allem auch auf die Bildung und Weiterbildung der Immigranten und ihrer Kinder konzentrieren muss.

Zwischen Bildung und struktureller Integration besteht ein enger Zusammenhang. Demnach sollte die berufliche Segregation bei den Nachkommen von Immigranten wesentlich schwächer ausfallen als bei der ersten Generation. Die Studien zur Integration der zweiten Generation mit italienischem und spanischem Hintergrund in der Schweiz bestätigen diese These deutlich (Bolzmann et al., 2000). Ihr Bildungsweg unterscheidet sich kaum von jenem der Schweizer Jugendlichen. Auch sind die Angehörigen der zweiten Generation, im Gegensatz zu ihren Eltern, kaum mehr von der Segregation auf dem Arbeitsmarkt betroffen. Dabei fällt auf, dass die konkreten Integrationsschritte meist bereits im Vorschulalter einsetzen. Interkulturelle Begegnungsräume im Vorschulalter spielen für den späteren Erfolg in der Schule eine Schlüsselrolle (Lanfranchi et al., 2003).

Zwischen der ersten und der zweiten Generation italienischer und spanischer Immigranten vollzog sich ein starker Integrationsprozess, unterstützt durch das anhaltende wirtschaftliche Wachstum und die niedrige Arbeitslosenquote. Auch die binationalen Partnerschaften trugen in hohem Mass zur sozialen Integration dieser beiden Gruppen bei. Dadurch wurden soziale Räume geschaffen, welche sich vielmehr durch Gemeinsamkeiten als durch Unterschiede auszeichnen, auch wenn letztere – insbesondere im privaten und Familienkreis – durchaus weiter bestehen.

Diese positiven Ergebnisse müssen jedoch insofern nuanciert werden, als sie sich auf den stabilsten Teil der «alten Immigration» beziehen. Die Daten der Studie von Bolzmann et al. stammen zudem aus den Grossstädten Genf und Basel, welche ein sozial offenes und ausländerfreundliches Bildungssystem aufweisen. Andere Studien legen nahe, dass der Integrationsprozess – insbesondere im Bildungsbereich – bei den Kindern der «neuen Immigration» zum Teil deutlich langsamer verläuft (z. B. bei den Chilenen, Türken und insbesondere den Tamilen aus Sri Lanka).

Das Schul- und Erziehungswesen der Schweiz hat sich bereits früh der Frage der Interkulturalität angenommen und damit in Sachen Integration Pionierarbeit geleistet. Unter Berufung auf das Menschenrecht auf Bildung und unabhängig vom Aufenthaltsstatus wurden den Kindern von Saisoniers und «Sans-

papiers» die Tore zur Schule geöffnet. Andere öffentliche Sektoren (z. B. das Gesundheits- und Sozialwesen) brauchten wesentlich länger, bis sie die Notwendigkeit interkultureller Vermittlungsarbeit erkannten und diese in die Alltagsarbeit einbezogen (D'Amato, 2000).

2.3 Erwerb Schweizer Staatsbürgerschaft und Spielregeln einer multikulturellen Gesellschaft

Die diskriminierenden Elemente der offiziellen Einwanderungspolitik wurden in der Vergangenheit von einer Rhetorik begleitet, welche zwar den wirtschaftlichen Nutzen der Ausländerinnen und Ausländer immer wieder betonte, gleichzeitig aber in der «Überfremdung» eine Gefahr für die «schweizerische Eigenart» sah und die Überwindung der kulturellen Distanz zur Voraussetzung für den Erwerb der staatsbürgerlichen Rechte machte.

In der Schweiz kann die Staatsbürgerschaft nur durch Abstammung (*ius sanguinis*) oder Einbürgerung (ordentliche oder erleichterte), nicht aber durch Geburt auf schweizerischem Staatsgebiet (*ius soli*) erworben werden. Immigranten werden in der Schweiz nicht in ihrer sozialen Eigenschaft als Zuwanderer (wie beispielsweise in Frankreich) oder als ethnische Minderheit (wie beispielsweise im Vereinigten Königreich oder den Niederlanden) anerkannt, sondern in der Öffentlichkeit in erster Linie über ihre ausländische Staatsangehörigkeit definiert (Giugni, Passy, 2003). Ihre soziale und kulturelle Integration wurde denn auch lange als Verantwortung betrachtet, welche nicht dem Aufnahmeland, sondern den Herkunftsländern oder bestenfalls den Arbeitgebern und Gewerkschaften zufiel.

Heute besteht jedoch ein breiter Konsens, dass auch im öffentlichen Bereich (insbesondere auf Gemeinde- und Kantonsebene) – unabhängig von der Staatsangehörigkeit – Partizipations- und Teilhaberechte bestehen. Damit geht die Anerkennung einher, dass die Schweiz *de facto* ein Einwanderungsland geworden ist, in dem sich Immigranten mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund dauerhaft niederlassen und sich in einem gegenseitigen Austauschprozess auch politisch integrieren.

Können die Spielregeln einer multikulturellen Gesellschaft umschrieben werden? Die Menschen- und Grundrechte, die in der schweizerischen Bundesverfassung festgehalten sind, bieten hierzu einen geeigneten Bezugsrahmen, wie Walter Kälin eindrücklich darstellt (Kälin, 2000). Im demokratischen Rechtsstaat sind dem Assimilationszwang durch die Freiheitsrechte und das Diskriminierungsverbot (Art. 8 Abs. 2 BV) Grenzen gesetzt. Die Grundrechte sichern Freiheitsräume für Minderheiten im öffentlichen und privaten Bereich der Ehe und Familie, der Arbeit, der Schule, der Religion, des staatlichen Leistungsangebot usw. Der weltanschaulich neutrale Staat hat in einer pluralistischen Gesellschaft sicherzustellen, dass keine direkte oder indirekte Diskriminierung kultureller Minderheiten erfolgt und dass Differenzen zugelassen werden, solange keine übergeordneten öffentlichen Interessen oder wichtige Rechte Dritter missachtet werden. Dies betrifft insbesondere auch den staatlichen Leistungsbereich selbst. Nach Kälin liegt z.B. eine indirekte Diskriminierung vor, wenn Angehörigen muslimischen oder jüdischen Glau-

bens – im Unterschied zu den Angehörigen christlicher Kirchen – keine angemessenen Bestattungsmöglichkeiten auf öffentlichen Friedhöfen angeboten werden.

Die Menschen- und Grundrechte definieren jedoch auch die unverhandelbaren Werte der interkulturellen Kommunikation und die Grenzen der Freiheitsrechte. Damit sind nicht nur kulturell begründete Verstösse gegen die öffentliche Ordnung oder gegen die Grundrechte selbst gemeint (z.B. Beschneidung von Mädchen, Zwangsheirat, Verletzung gegen das Kindeswohls usw.), sondern auch kulturell begründete Handlungen im öffentlichen Raum, die Konflikte mit Andersdenkenden schaffen können. Das betrifft insbesondere Personen, die eine staatliche Aufgabe ausüben, von der weltanschauliche Neutralität erwartet wird. So hält es Kälin z.B. für begründet, wenn einer Lehrperson muslimischen Glaubens das Tragen des Kopftuchs während des Unterrichts untersagt wird. Bei den Schülern und Schülerinnen muslimischen Glaubens jedoch habe das Erziehungsrecht der Eltern und die Religionsfreiheit Vorrang. Ein formelles Verbot des Kopftuchtragens in der Schule könne die Integration der Betroffenen sogar hemmen.

Die Grundrechte und ihre pragmatische, sachgerechte Interpretation stellen einen wichtigen Faktor der staatlichen und gesellschaftlichen Integration in der Einwanderungsgesellschaft dar. Sie bieten Leitplanken für ein Modell des Zusammenlebens, welches auf universalistischen Kriterien basiert und sowohl kulturelle Gemeinsamkeiten fördert als auch Differenzen anerkennt.

Interessant ist die Ähnlichkeit der von Kälin formulierten Prinzipien mit den Spielregeln, die in stabilen binationalen Ehen gelten (Alber et al., 1999). Auch hier fusst die Anerkennung der kulturellen Unterschiede auf einer universalistischen Interpretation der Multikulturalität. Dabei sind der gegenseitige Austausch und die Schaffung neuer Begegnungsräume, wo sich alle Partner unter denselben Ausgangsbedingungen beteiligen und integrieren können, von grosser Bedeutung. Für das Wohl der Kinder aus binationalen Ehen ist besonders wichtig, dass sie nicht mit kulturellen Forderungen und Symbolen überfordert werden. Allerdings reibt sich diese Logik der interkulturellen Ehe und Familie häufig an jener der Staaten, die nach wie vor territorial organisiert sind und häufig exklusive Regeln pflegen (z. B. betreffend Bürgerrecht, Religion oder Sprache).

3 Interkulturelle Beziehungen in der Schweiz: Utopie und Realität

Das Bild, das sich aus diesen Erkenntnissen ergibt, lässt sich folgendermassen zusammenfassen:

- Im Verlauf der letzten 50 Jahre nahm die Schweiz (im internationalen Vergleich) eine grosse Anzahl von Immigranten auf, welche sich im Allgemeinen gut integriert haben. Vor dem Hintergrund einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung trugen insbesondere zwei zentrale Faktoren dazu bei, die beide mit dem kulturellen und politischen Föderalismus der Schweiz zusammenhängen: 1. Die relativ schwache räumliche Segregation in den Agglomerationen, welche auf die Kleinräumigkeit der Schweiz und das Fehlen einer

räumlich bzw. objektorientierten Integrationspolitik zurückzuführen ist. 2. Die integrierende Rolle des Schul- und Bildungssystems, welches sich am Grundrecht der Bildung orientierte und welches durch die traditionelle schweizerische Mehrsprachigkeit relativ gut auf die Herausforderungen der interkulturellen Erziehung vorbereitet war.

- In der Arbeitswelt allerdings wurde durch die Politik der befristeten Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen Segregation gefördert. Dieses Erbe der «Gastarbeiterpolitik» ist immer noch spürbar. Es beeinflusst sowohl den Status der Immigranten als auch das Verhalten und die Einstellung der schweizerischen und ausländischen Bevölkerung. Mit dem Inkrafttreten der bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU wird die Segregation der EU-Staatsbürger auf dem Arbeitsmarkt aufgehoben. Mit Blick auf die Zukunft gilt es insbesondere zu vermeiden, dass sich eine ähnliche Entwicklung bei Immigranten von ausserhalb der EU wiederholt.
- Die strukturelle Integration über Ausbildung, Beruf, Arbeitsmarkt und Einkommen, von welcher auch die Segregation im Wohngebiet abhängig ist, ist von zentraler Bedeutung. Strukturelle Integration bedeutet aber nicht unbedingt auch gesellschaftliche und kulturelle Integration. Zwischen «wirtschaftlichem Erwünschtsein» und «Integrationsbereitschaft» besteht nicht immer Deckungsgleichheit. Daher ist eine stringente Einwanderungspolitik schwierig zu gestalten. Diese muss pragmatisch sein und Raum lassen für verschiedenste Ansprüche, Bedürfnisse und Prozesse.
- Der Erwerb der Staatsbürgerschaft hat in der Schweiz grossen symbolischen Charakter, indem die politische Zugehörigkeit zur Schweiz betont und der Eingebürgerte zur Teilnahme am direkt-demokratischen Prozess berechtigt wird. Doch die Unterscheidung zwischen schweizerischen und ausländischen Staatsbürgern entspricht immer weniger der sozialen Realität, da viele Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz geboren und aufgewachsen sind. Durch die Erleichterung der Einbürgerung muss ein neues Gleichgewicht gefunden werden zwischen der Teilnahme am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben einerseits, am politischen Geschehen andererseits.
- Verschiedene Entwicklungen zeigen aber auch Grenzen des «Schweizer Integrationsmodells» auf. In den 1990er Jahren hat sich die räumliche Segregation in den Städten bei Immigranten aus der Türkei und Ex-Jugoslawien verstärkt. Insbesondere in der Deutschschweiz entstand eine neue Sprachen- und Religionsvielfalt (Muslime und Angehörige christlich-orthodoxer Kirchen). Die schulische und berufliche Integration dauert bei den neuen Immigranten z.T. länger als bei den Kindern der italienischen und spanischen Einwanderer. Das Schulsystem muss – neben seiner primären Funktion der Ausbildung – eine immer anspruchsvollere soziale und kulturelle Integrationsleistung erbringen.
- Die Integrationspolitik muss sich diesen neuen Herausforderungen anpassen. Insbesondere in den deutschschweizer Grossstädten drängen sich Massnahmen zur Reduktion der räumlichen Segregation einerseits und zur Förderung der neuen Einwanderungsgruppen im Schul- und Bildungssystem andererseits auf. Die Öffnung für Sprachen und Religionen, welche sich von

jenen des geschichtlichen Erbes und der traditionellen Multikulturalität der Schweiz unterscheiden, sind eine grosse Herausforderung. Die Migrationen bringen durch einen dynamischen Austauschprozess im Verlauf der Zeit auch einen Wandel in den Aufnahmeländern mit sich.

- Die Menschen- und Grundrechte stellen einen geeigneten Bezugsrahmen für eine multikulturelle Gesellschaft und ihre Spielregeln dar. Sie stehen für ein Modell des Zusammenlebens sowohl im Privaten wie in der Politik, welches dem Anpassungszwang Grenzen setzt, aber auch Grundwerte und Leitlinien festlegt, welche im Rahmen der interkulturellen Kommunikation nicht verhandelbar sind.

4 Quellen

Alber Jean-Luc, Ossipow Laurence, Outemzabet-Litsios Valérie, Waldis Barbara, 1999, *Les couples binationaux: migrations, trajectoires, réseaux*, Schlussbericht, Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Bern

Arend Michal, 2003, «Können Stadtplanung und Wohnungspolitik einen Beitrag zur besseren Durchmischung und Integration von MigrantInnen leisten?», in: Wicker Hans-Rudolf, Fibbi Rosita, Haug Werner (Hrsg.), *Migration und die Schweiz. Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms «Migration und interkulturelle Beziehungen»*, Zürich

Berset Alain, Weygold Serge-Alexandre, Crevoisier Olivier, Hainard François, 1999 *Compétences professionnelles des immigrants et contribution à l'innovation*, Schlussbericht, Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Bern

Bolzmann Claudio, Fibbi Rosita, Vial Marie, 2000, *Adultes issus de la migration. Le processus d'insertion d'une génération à l'autre*, Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Bern

Bundesamt für Statistik (BFS), 2001, *Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz, Bericht 2001*, Neuchâtel

Bundesamt für Statistik (BFS), 2002 *Eidgenössische Volkszählung 2000: Stärkung des Französischen - Bessere Integration der Ausländerinnen und Ausländer*, Pressemitteilung Nr. 131/2002 vom 19.12.2002, Neuchâtel

Bundesamt für Statistik (BFS), 2003, *Eidgenössische Volkszählung 2000: Schweizerische Religionslandschaft im Umbruch*, Pressemitteilung Nr. 5/2003 vom 30.1.2003, Neuchâtel

D'Amato Gianni, 2000, «Le rôle des médiateurs culturels dans l'Etat social moderne: santé, travail social et migration», in: *Info Forum suisse pour l'étude des migrations*, 12, 2000, No. 3

Ehret Rebekka, 2001, *Die geteilte Welt im St. Johann*, Schlussbericht, Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Bern

Flückiger Yves, Zarin-Nejadan Milad, 2000, *Intégration de la population étrangère en Suisse, aspects économiques*, Schlussbericht, Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Bern

Giugni Marco, Passy Florence, 2003, «Modèles de citoyenneté et mobilisation des immigrés en Suisse et en France: une approche des opportunités politiques», in: Wicker Hans-Rudolf, Fibbi Rosita, Haug Werner (Hrsg.), *Migration und die Schweiz. Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms «Migration und interkulturelle Beziehungen»*, Zürich

Huissoud Thérèse, Stofer Suzanne, Cunha Antonio, Schuler Martin, 1999, *Structures et tendances de la différenciation dans les espaces urbains en Suisse*, IREC, Rapport de recherche, No 145, Lausanne

Kälin Walter, 2000, *Grundrechte im Kulturkonflikt: Freiheit und Gleichheit in der Einwanderungsgesellschaft*, NZZ Verlag, Zürich

Lanfranchi Andrea, Gruber Jann, Gay Denis, 2003, «Schulerfolg bei Migratonskindern dank transitorischer Räume im Vorschulbereich», in: Wicker Hans-Rudolf, Fibbi Rosita, Haug Werner (Hrsg.), *Migration und die Schweiz. Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms «Migration und interkulturelle Beziehungen»*, Zürich

Maalouf Amin, 2000, *Mörderische Identitäten*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main

Mahnig Hans, Pigué Etienne, 2003, «La politique d'immigration suisse de 1948 à 1998: évolutions et effets», in: Wicker Hans-Rudolf, Fibbi Rosita, Haug Werner (Hrsg.), *Migration und die Schweiz. Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms «Migration und interkulturelle Beziehungen»*, Zürich

Schuler Martin, 2001, *Segregationsindizes in Schweizer Städten 1990-2000*, Arbeitspapier, Lausanne

Stienen Angela, 2001, *Die Stadt als «Integrationsmaschine»? Stadtentwicklung und interkulturelle Beziehungen am Beispiel von Bern*, Haupt Verlag, Bern

Wanner Philippe, 2003, «The demographic characteristics of immigrant populations in Switzerland», in: Europarat (Hrsg.), *The demographic characteristics of immigrant populations*, Population studies No. 38, Strassburg

Wimmer Andreas, 2003, «Etablierte Ausländer und einheimische Aussenseiter. Soziale Kategorienbildung und Beziehungsnetzwerke in drei Immigrantenvierteln», in: Wicker Hans-Rudolf, Fibbi Rosita, Haug Werner (Hrsg.), *Migration und die Schweiz. Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms «Migration und interkulturelle Beziehungen»*, Zürich

Eingewanderte Bevölkerungen in Europa

1 Ein vergleichender Bericht des Europarates

Zwischen 1998 und 2001 realisierte der Europarat in Zusammenarbeit mit spezialisierten Forschungsinstituten eine vergleichende Studie über die Entwicklung der eingewanderten Bevölkerungen in Europa. Der Bericht zeichnet ein Bild dieser Gruppen und vergleicht die demografischen Tendenzen und Unterschiede in ausgewählten Ländern.

Die Länderstudien beschäftigen sich mit traditionellen Zielländern der Arbeitsmigration wie Belgien, Deutschland und der Schweiz; mit dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden, beides Länder mit einer kolonialen Vergangenheit und einer erklärten Politik der Multikulturalität; mit Ländern, die eine jüngere Einwanderungsgeschichte haben wie Norwegen im Norden und Portugal im Süden Europas; schliesslich mit Estland und seiner besonderen Migrationsgeschichte nach der erzwungenen Eingliederung in die Sowjetunion.

Das Augenmerk richtet sich besonders auf gut etablierte Einwanderergruppen: Migranten der ersten und der zweiten Generation aus Italien, Spanien, Portugal, Ex-Jugoslawien, der Türkei, Marokko sowie Pakistan und Bangladesch. Die länderspezifischen Studien zeichnen ein lebendiges Bild der Herkunft sowie der demografischen Dynamik der eingewanderten Bevölkerungen in Bezug auf Ein- und Auswanderung, Geburtenhäufigkeit, Familienstrukturen, Mischehen sowie die räumliche Verteilung in den Aufnahmeländern

2 Eingewanderte Bevölkerungen in acht europäischen Ländern

Belgien

Geschichte: Erste Welle von Gastarbeitern in der Zwischenkriegszeit für die Stahl- und Minenindustrie. Seit 1946 verstärkte Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte. **Aktuelle Trends:** Erleichterte Einbürgerung, insbesondere für junge Einwanderer/innen. Positive Nettomigration von jährlich 20'000 Personen variierender Herkunftsländer: Mehr Asylbewerber sowie mehr französische und niederländische Staatsangehörige. **Eingewanderte Bevölkerung:** Gesamtbevölkerung von 10,3 Mio. Personen (2000), davon 900'000 Ausländerinnen und Ausländer (8,8%). 1,3 Mio. Personen (12,9%) der Gesamtbevölkerung mit Migrationshintergrund (inkl. eingebürgerte Immigranten und deren Nachkommen). **Hauptgruppen:** Staatsangehörige aus Italien, Marokko, Türkei, Frankreich, Niederlande, Spanien, Griechenland und Portugal. **Merkmale:** Junge Altersstruktur bei den Türken und Marokkanern; höhere Geburtenhäufigkeit, traditionelle Familienmuster und grössere Familien bei den aussereuropäischen Immigranten; frühe Heirat bei den Türken, wenige aussereheliche Geburten, niedrige Scheidungsrate usw. Unterschiede zwischen Einheimischen und Einwanderern verschwinden allmählich und gemischte Ehen nehmen zu. Einwanderer sind auf die Agglomerationen der Grossstädte Brüssel, Antwerpen und Liège

konzentriert. **Demografische Auswirkungen der Migration:** 45% (800'000 von 1,8 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern) des seit 1945 beobachteten Bevölkerungswachstums sind auf die Migration zurückzuführen. Immigranten vor allem in jüngeren Altersgruppen, Rückwanderer vermehrt in älteren Altersgruppen. Folge: Verlangsamung des Alterungsprozesses.

Estland

Geschichte: Sehr geringe Einwanderung in der Zwischenkriegszeit. Nach der Angliederung an die UdSSR und dem Verlust der Unabhängigkeit 1945 strenge Regelung der Immigration. 1991 führt die Unabhängigkeit zu einer grossen Emigrationswelle. **Aktuelle Trends:** Starke Emigration seit dem Zusammenbruch der UdSSR, lange Einbürgerungsverfahren für Personen mit Migrationshintergrund. **Eingewanderte Bevölkerung:** Gesamtbevölkerung von 1,4 Mio. Personen (2000), 510'000 oder 36% davon mit Migrationshintergrund (2000). Rund 50% der Immigranten in den Altersgruppen 25 bis 39 sowie 50 bis 64 Jahre. **Hauptgruppen:** Ex-UdSSR: Staatsangehörige aus Russland 74%, Ukraine und Weissrussland 18%. **Merkmale:** höhere Geburten- und Heiratshäufigkeit bei den Einwanderern und deren Nachkommen und wenig gemischte Ehen; starke Segregation auch bei den Nachkommen der Einwanderer; ungleiche räumliche Verteilung der eingewanderten Bevölkerungsgruppen (90% in städtischen Agglomerationen). **Demografische Auswirkungen der Migration:** Sehr stark. Bevölkerungswachstum seit 1945 ausschliesslich auf Immigration zurückzuführen. Folge: Grosser Einfluss auf Altersstruktur und ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung.

Deutschland

Geschichte: Nur geringe Einwanderung in der Zwischenkriegszeit. Nach 1945: 12 Mio. umgesiedelte Personen und Flüchtlinge, davon 4,5 Mio. Spätaussiedler. Bis 1961 Migrationsströme von Ost- nach Westdeutschland. Nach dem Bau der Berliner Mauer starke Zunahme der Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte. Wiedervereinigung Deutschlands 1990. **Aktuelle Trends:** Anhaltende Immigration und hohe Anzahl Asylbewerber, Liberalisierung der Einbürgerungspolitik und neues Einwanderungsgesetz. **Eingewanderte Bevölkerung:** Gesamtbevölkerung von 82,2 Mio. Personen (1999), davon 7,3 Mio. Ausländerinnen und Ausländer (8,9%). Keine Daten zu den Einwanderern. Seit 1960 Einbürgerung von insgesamt rund 1 Mio. Personen (ohne Aussiedler). **Hauptgruppen:** Staatsangehörige aus der Türkei (2,1 Mio.), Ex-Jugoslawien (1,2 Mio.), Italien (0,6 Mio.), Griechenland (0,4 Mio.), Polen (0,3 Mio.). **Merkmale:** Männer deutlich in der Mehrheit; 31% der ausländischen Bevölkerung unter 18-jährig (Deutsche: 18%); geringer Anteil älterer Arbeitskräfte; frühe Heiraten und wenig nicht eheliche Lebensgemeinschaften bei den Türken, Asiaten und Afrikanern. Trotz Annäherung der Geburtenhäufigkeit: Fruchtbarkeit der türkischen Bevöl-

kerungsgruppe nach wie vor über dem Generationenerhalt. Konzentration der Einwanderung auf die Agglomerationen der Wirtschaftsmetropolen Westdeutschlands. **Demografische Auswirkungen der Migration:** Stark. Seit 1970: Kompensation des natürlichen Bevölkerungsrückgangs durch Einwanderung. Einwanderungsbedingte Bevölkerungszunahme von 10,5 Mio. Wachstum in den eingewanderten Bevölkerungsgruppen zunehmend selbsttragend.

Niederlande

Geschichte: Negative Nettomigration bis 1970. Seit Ende der 1960er Jahre Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte. In den 1970er Jahren Immigrationswelle aus den ehemaligen Kolonien. Einführung einer Politik für ethnische Minderheiten. **Aktuelle Trends:** Zahlreiche Einbürgerungen in den 1990er Jahren. Grosse Zahl asylbedingter Einwanderungen mit zunehmender Palette von Nationalitäten. Zunehmende Einwanderung aus dem EU-Raum. Einwanderungsspitze um das Jahr 2000. **Eingewanderte Bevölkerung:** Gesamtbevölkerung von 13,1 Mio. (2000). 2,5 Mio. oder 18% der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Einwanderer/innen und Personen mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil). 0,7 Mio. bzw. 4,2% der Bevölkerung mit ausländischer Staatsbürgerschaft. **Hauptgruppen:** Staatsangehörige aus Indonesien (0,4 Mio.), Deutschland (0,4 Mio.), Surinam, Türkei, Marokko (je 0,3 Mio.). **Merkmale:** Markante Unterschiede zwischen westlichen und nicht-westlichen Immigranten. Hohe, aber abnehmende Geburtenhäufigkeit in der marokkanischen und türkischen Bevölkerungsgruppe. Tieferes Heiratsalter. Wenige gemischte Ehen; diese häufiger bei Einwanderern/Einwandererinnen mit asiatischem Hintergrund. Ungleiche räumliche Verteilung; grösster Anteil in den vier Grossstädten. **Demografische Auswirkungen der Migration:** Negative Saldi bis 1975. Danach: Deutlich positive Werte. Seit 1945: Bevölkerungszuwachs von 1 Mio. durch Einwanderung. Wenig Auswirkungen auf die Altersstruktur. Natürlicher Bevölkerungszuwachs viel bedeutender.

Norwegen

Geschichte: Lange Auswanderungstradition. Positive Nettowanderung seit 1965 mit Rekrutierung von Arbeitskräften und Aufnahme von Flüchtlingsgruppen. **Aktuelle Trends:** Grosse Zahl von Einbürgerungen. Fortlaufende Einwanderung aus verschiedenen Ländern. **Eingewanderte Bevölkerung:** Gesamtbevölkerung von 4,5 Mio. im Jahr 2000. 0,5 Mio. Personen (10%) mit Migrationshintergrund im weiten Sinne (Einwanderer oder Personen mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil). 0,3 Mio. Personen (6%) mit Migrationshintergrund im engen Sinne (beide Elternteile im Ausland geboren). 0,2 Mio. Personen (4%) ausländischer Nationalität. **Hauptgruppen:** Staatsangehörige aus Ex-Jugoslawien, Schweden, Dänemark, Vietnam und Pakistan. **Merkmale:** Ausgeglichenes Geschlechterverhältnis. Grosse Unterschiede zwischen westlichen und nicht-westlichen Immigran-

tengruppen. Nicht-westliche Gruppen: 30%-50% unter 20 Jahren. Geburtenhäufigkeit der somalischen, marokkanischen und türkischen Bevölkerungsgruppe höher als im Herkunftsland. Tieferes Heiratsalter. Konsensualpartnerschaften und nicht eheliche Geburten selten. Praktisch keine Eheschliessungen zwischen Personen nicht-westlicher und norwegischer Nationalität. Sehr unausgeglichene räumliche Verteilung: 40% der nicht-westlichen Einwanderer/innen in Oslo. **Demografische Auswirkungen der Migration:** Begrenzt. Eines der einzigen europäischen Länder mit fort-dauernder Zunahme der einheimischen Bevölkerung und gleichzeitig starkem Wachstum des eingewanderten Bevölkerungsteils. 1970 bis 1996: 36% des Bevölkerungswachstums auf Einwanderung zurückzuführen.

Portugal

Geschichte: Ausländischer Bevölkerungsanteil vor 1970 sehr klein. Dekolonisierung der portugiesischen Gebiete in Afrika in den 1970er Jahren. Positive Nettomigration seit den 1980er Jahren. Beitritt zur EU 1986. **Aktuelle Trends:** Rückkehr portugiesischer Arbeitskräfte aus dem Ausland. Einführung von Regelungen als Reaktion auf starke illegale Einwanderung. Markante Einwanderung aus Osteuropa, speziell aus der Ukraine. **Eingewanderte Bevölkerung:** Gesamtbevölkerung von 10,0 Mio. im Jahr 1999, darunter 190'000 Personen (2%) ausländischer Nationalität. Keine Daten über Personen mit Migrationshintergrund (insbesondere portugiesische Afrikaner/innen und Rückkehrer/innen). **Hauptgruppen:** Afrikaner/innen aus den ehemaligen Kolonien: Kapverden, Angola, Guinea-Bissau; Einwanderer/innen aus Brasilien, der Ukraine, dem Vereinigten Königreich und Spanien. **Merkmale:** Männer in Überzahl. Junge Altersstruktur. Übervertretung von Einpersonenhaushalten. Etwas höhere Geburtenhäufigkeit in der afrikanischen Bevölkerungsgruppe. Relativ hohes Alter der Mütter bei der ersten Geburt. Gemischte Ehen vergleichsweise häufig. **Demografische Auswirkungen der Migration:** Starker Bevölkerungsschwund infolge Auswanderung zwischen 1945 und 1975 (2,5 Mio.). Seither: positiver Migrationssaldo ergänzt das natürliche Bevölkerungswachstum.

Schweiz

Geschichte: Einwanderung aus Nachbarländern seit Ende des 19. Jahrhunderts. Nach 1948: Rekrutierung von Arbeitskräften. Rotationspolitik bis Mitte der 1960er Jahre. Migranten nicht-europäischer Herkunft gelangen meistens auf dem Asylweg ins Land. **Aktuelle Trends:** Rückwanderung nach Italien und Spanien. Personenfreizügigkeit Schweiz-EU ab Juni 2002. Tiefe Einbürgerungsquote v.a. für EU-Bürger/innen. Bedeutende asylbedingte Migration. **Eingewanderte Bevölkerung:** Im Jahr 2000 Gesamtbevölkerung von 7,3 Mio. Personen. 20% davon ausländischer Nationalität, 5% in der Schweiz geboren. 9% der Bevölkerung mit Schweizer Staatsbürgerschaft sind eingebürgerte Ausländer/innen (0,6 Mio.). 30% der Gesamtbevölkerung sind Immigranten oder haben einen Migrationshintergrund.

Hauptgruppen: 60% der Ausländer/innen aus EU-Staaten (Italien, Portugal, Deutschland, Spanien usw.). 25% aus Ex-Jugoslawien. **Merkmale:** Anteil der Männer überwiegt. Junge Altersstruktur bei Personen aus Ex-Jugoslawien, aus der Türkei und aus Portugal. Ältere Altersstruktur in der italienischen und der spanischen Bevölkerungsgruppe. Tiefe Geburtenhäufigkeit bei den schweizerischen, italienischen und spanischen Frauen. Höhere Geburten und Heiratshäufigkeit, tieferes Alter bei der ersten Geburt und weniger nicht eheliche Geburten bei Frauen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien, der Türkei und Portugal. Gemischte Ehen häufig, jedoch tiefere Raten für Personen aus der Türkei, Ex-Jugoslawien und Portugal. **Demografische Auswirkungen der Migration:** Starker Wachstumsbeitrag. Mehrheit der Bevölkerungszunahme seit 1945 (2,8 Mio.) auf Migrationen zurückzuführen (1,9 Mio.). Deutliche Abschwächung der demografischen Alterung: Reduktion des Altersquotienten um 40%.

Vereinigtes Königreich

Geschichte: Positive Nettomigration erst seit Mitte der 1950er Jahre im Zusammenhang mit der Dekolonisierung. Ausgenommen die schon länger andauernde traditionelle Einwanderung aus Irland. **Aktuelle Trends:** Rekorde bei der Nettozuwanderung Ende der 1990er Jahre (100'000 Personen pro Jahr). **Eingewanderte Bevölkerung:** Gesamtbevölkerung von 59,8 Mio. (2000). Keine Daten zu Personen weisser Hautfarbe. Keine Daten zu ausländischen Staatsangehörigen. Nicht-weisse Personen mit Migrationshintergrund (ethnische Minderheiten): 4,1 Mio. oder 7,1% (Jahr 2000). Die Hälfte unter ihnen im Vereinigten Königreich geboren, die andere Hälfte eingewandert. **Hauptgruppen:** Nicht-weisse Bevölkerung aus dem Commonwealth: Staatsangehörige aus Indien, Pakistan, Bangladesch, aus schwarz-karibischen Ländern, aus Afrika sowie aus Südostasien und aus dem Mittleren Osten. **Merkmale:** Junge Altersstruktur (knapp 50% unter 25 Jahre alt). Haushalte und Familien: Überdurchschnittlich grosse und komplexe Familien. Wenige gemischte Ehen und besonders hohe Geburtenhäufigkeit in den Bevölkerungsgruppen aus Pakistan und Bangladesch. Hoher Anteil an Alleinerziehenden unter schwarzen Personen aus der Karibik. Konzentration der eingewanderten Bevölkerung in den Grosszentren Englands. **Demografische Auswirkungen der Migration:** Seit 1951 relativ geringer Einfluss auf die Altersstruktur, deutlicher Einfluss auf das Bevölkerungswachstum seit 1986 und auf die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung.

3 Was sind «eingewanderte Bevölkerungen»?

Ein Blick auf die verschiedenen Länderstudien zeigt, dass der Begriff der «eingewanderten Bevölkerung» nicht eindeutig ist. Im Fehlen einer einheitlichen Definition widerspiegelt sich nicht zuletzt die unterschiedliche Wahrnehmung von Einwanderung und Integration in den Aufnahmeländern. Die Vergleich-

barkeit der Daten wird dadurch eingeschränkt und dies setzt dem Ländervergleich Grenzen.

Belgien, die Niederlande und Norwegen definieren die eingewanderte Bevölkerung ganz einfach: Referenzkriterium ist der Geburtsort einer Person bzw. derjenige der Eltern oder Grosseltern. Ist die Person ausserhalb des Landes geboren, zählt sie zu den Einwanderern; ist sie hingegen im Land geboren und verfügt über einen oder zwei im Ausland geborene Elternteile, gehört sie zur so genannten zweiten Generation (Nachkommen der Einwanderer).

Deutschland, die Schweiz, Portugal und zahlreiche andere Länder verfügen oft nur über Daten zu den Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, nicht jedoch über Angaben zum Geburtsort. Oft werden diese Informationen als Schätzgrössen für das Ausmass der Einwanderung herangezogen. Das Vereinigte Königreich führt grundsätzlich weder über die Staatsbürgerschaft noch über den Geburtsort Buch; eine Ausnahme bildete die Volkszählung von 1971. Die statistischen Analysen ebenso wie die politische Diskussion konzentrieren sich auf den ethnischen Hintergrund von zugewanderten Personen der «nicht-weissen» (non-white) Bevölkerung.

Das Konzept der Staatsbürgerschaft hat den Vorteil, dass es die betroffenen Personen nicht mehr in Funktion ihres Einwanderungshintergrundes behandelt, sobald sie die Nationalität des Aufnahmelandes erworben haben. In statistischer Hinsicht ist es jedoch weniger präzise und Ländervergleiche werden durch die unterschiedlichen Einbürgerungsverfahren erschwert.

Das Verzerrungspotenzial zeigt sich klar bei numerischen Schätzungen. Nehmen wir als Beispiel die Niederlande: Mit der ausländischen Staatsangehörigkeit als Kriterium für die Schätzung der eingewanderten Bevölkerung (wie in Deutschland oder der Schweiz) würden die Niederlande 4,2% Einwanderinnen und Einwanderer umfassen. Mit dem Kriterium Geburtsort (zwei Elternteile im Ausland geboren) machen diese jedoch 12% und bei der breiteren Auslegung (nur ein Elternteil im Ausland geboren) sogar 18% aus.

Die Niederlande praktizieren (im Gegensatz z.B. zur Schweiz oder zu Deutschland) eine sehr grosszügige Einbürgerungspolitik. Dadurch zeichnen die auf das Kriterium der Staatsbürgerschaft abgestützten Schätzungen ein falsches Bild der Grösse der eingewanderten Bevölkerung. Auch Integrationsgrad und -tempo werden verfälscht wiedergegeben, da die Bürgerrechtswechsel selektiv sind: Die gut integrierten Einwanderinnen und Einwanderer erwerben das Bürgerrecht eher, während erst vor kürzerer Zeit eingewanderte Personen unter den Ausländerinnen und Ausländern übervertreten sind.

Die Untersuchung der eingewanderten Bevölkerung anhand des Kriteriums der Staatsbürgerschaft ist daher ungenügend. Es braucht umfassendere, bessere Daten über die eingewanderte Bevölkerung in Europa. Einwanderung und Integration müssen aus einer langfristigen Perspektive betrachtet und die Dynamik der eingewanderten Bevölkerung auf Grund angemessener statistischer Konzepte und Erhebungen analysiert werden.

4 Merkmale der eingewanderten Bevölkerungen

Trotz der erwähnten Definitionsprobleme lassen sich aus den länderspezifischen Studien einige allgemeine Schlüsse zur demografischen Situation der eingewanderten Bevölkerungen in Europa ziehen:

1. Als Erstes zeigt sich, dass Verallgemeinerungen über einzelne – insbesondere aussereuropäische – Bevölkerungsgruppen möglichst zu vermeiden sind. Sogar die Einwanderinnen und Einwanderer aus ein und demselben Herkunftsland können in verschiedenen Aufnahmeländern unterschiedliche demografische Merkmale aufweisen. Es bedarf deshalb differenzierter Analysen. Die beobachteten Verhaltensunterschiede von Türken und Marokkanern je nach Aufnahmeland zum Beispiel können einerseits mit dem Ursprung der Migranten (Herkunftsregion, Allgemeinbildung, ethnische Zugehörigkeit) und andererseits mit der Integrationspolitik des Aufnahmelandes zusammenhängen.
2. Es ist festzustellen, dass sich das demografische Verhalten (Heirats- und Geburtenverhalten, Sterblichkeit) der eingewanderten Bevölkerung jener des Aufnahmelandes annähert. Das Verhalten der Zugewanderten liegt in der Regel zwischen jenem des Herkunftslandes und jenem des Aufnahmelandes. Einige Gruppen spielen dabei eine Vorreiterrolle, während sich andere langsamer anpassen. Aber die allgemeine Tendenz zur Konvergenz als Zeichen der Integration ist in allen europäischen Staaten klar ersichtlich.
3. Problematisch ist aber bei einzelnen Immigrantengruppen die weiterhin hohe Geburtenhäufigkeit, das tiefe Heiratsalter, die geringe Anzahl von Mischehen zwischen Eingewanderten und Personen aus der Bevölkerung des Aufnahmelandes und die grosse Scheidungshäufigkeit bei solchen Ehen. Zudem ist die Säuglings- und Kindersterblichkeit insbesondere bei Mädchen z.T. höher. Diese Entwicklungen weisen auf eine systematische Benachteiligung der Frauen hin und sind sorgfältig zu beobachten und zu begleiten.
4. Das Geburten- und Heiratsverhalten sowie die Säuglingssterblichkeit scheinen sich in einem integrativem Umfeld eher an die Werte des Aufnahmelandes anzupassen als in einem multikulturell angelegten Umfeld (wie z.B. in den Niederlanden oder im Vereinigten Königreich). Die Auswirkungen verschiedener integrationspolitischer Konzepte auf die demografische Konvergenz sollten näher untersucht werden.
5. Zur Situation der Nachkommen von Immigranten liegen nur lückenhafte Daten vor, was Vergleiche erschwert. Die meisten Angehörigen der «zweiten Generation» behalten zumindest einige der Merkmale ihrer Eltern bzw. ihres Herkunftslandes bei. In gewissen Fällen können sich die Unterschiede gegenüber der Bevölkerung des Aufnahmelandes sogar vergrössern (z.B. zunehmende Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit in der zweiten Generation).

5 Demografische Auswirkungen der Migration

Die demografischen Konsequenzen der Migration auf Bevölkerungswachstum und Altersstruktur werden in der Regel unterschätzt. Auf Grund der spezifischen Alters- und Geschlechtsstruktur der meisten Einwanderergruppen resultiert eine weit höhere Anzahl Geburten und eine tiefere Anzahl von Todesfällen im Vergleich zur Bevölkerung des Aufnahmelandes. Hinzukommt die höhere Kinderzahl je Frau bei zahlreichen neueren Einwanderergruppen.

Die eingewanderte Bevölkerung durchläuft unweigerlich eine Phase signifikant rascheren Wachstums als die Bevölkerung des Aufnahmelandes, sobald eine kritische Masse erreicht ist. Der Trend zu überdurchschnittlichen Steigerungsraten wird durch die sehr tiefen Wachstumsraten bzw. den Bevölkerungsrückgang in den europäischen Ländern noch verstärkt. Die eingewanderten Bevölkerungen tragen in zahlreichen west- und südeuropäischen Ländern zunehmend zum Bevölkerungswachstum bei und kompensieren bereits heute die Schrumpfung der einheimischen Bevölkerung (z.B. in Deutschland, Italien, Schweden und der Schweiz).

Die Schweiz hat unter den europäischen Ländern die längste Tradition positiver Wanderungssaldi. 70% (2,8 Mio.) der Bevölkerungszunahme zwischen 1945 und 2000 (von 4,4 auf 7,2 Mio.) sind auf direkte oder indirekte Auswirkungen der Einwanderung zurückzuführen, und dies obwohl nur eine Minderheit der seit dem Zweiten Weltkrieg zugewanderten Personen schliesslich auch im Lande geblieben ist! In Belgien gehen 45% der Bevölkerungszunahme seit 1945 auf das Konto der Einwanderung. Für das vereinte Deutschland wurde ein migrationsbedingtes Bevölkerungswachstum von 10,5 Mio. ab 1960 ermittelt. Im Falle Westdeutschlands beträgt der Zuwachs sogar rund 12 Mio., während Ostdeutschlands Bevölkerung wegen des Auswanderungsüberschusses geschrumpft ist.

In Norwegen und in den Niederlanden ist die einwanderungsbedingte Bevölkerungszunahme jüngerer Datums. Bis etwa 1970 wiesen beide Länder negative Wanderungssaldi auf (mehr Auswanderungen als Einwanderungen). Die einheimische Bevölkerung trug durch relativ hohe Geburtenraten weitaus mehr zum Bevölkerungswachstum bei.

Wie wirkt sich die Einwanderung auf die demografische Alterung aus? Kurz- und mittelfristig gesehen, geht von den Migrationen ein Verjüngungseffekt aus, die Alterung der Bevölkerung wird gebremst. Langfristig schwächen die Migrationen – sogar im Falle der Schweiz – die Alterung aber nur relativ wenig ab. Der Grund dafür ist einfach: Auch Einwanderinnen und Einwanderer werden älter, und der Verjüngungseffekt der Migrationen bedingt einen stetigen Zustrom neuer Migrantinnen und Migranten.

Angesichts der zu erwartenden Beschleunigung des Alterungsprozesses müsste die Einwanderung einen Stand weit über jenem erreichen, den die europäischen Länder bisher zugelassen haben, um die Alterung zumindest teilweise auszugleichen. Inwieweit Migration künftige Arbeitskräftedefizite ausgleichen und den Bevölkerungsrückgang bremsen soll und kann – dies ist eine entscheidende Frage für Europas demografische Zukunft.

6 Grössere Aufnahmekapazität Europas

Die Einwanderung wird oft kritisiert, weil sie unfaire wirtschaftliche und soziale Konkurrenz, Unsicherheit und sogar eine Verschlechterung des Lebensstandards mit sich bringe. Die Untersuchungen zur Demografie eingewanderter Gruppen widersprechen dieser negativen Auffassung und zeigen, dass die Einwanderung sehr wohl einen Beitrag zu Wohlfahrt und Wohlstand eines Landes leistet.

Vieles deutet darauf hin, dass die Integration aussereuropäischer Immigranten und deren Nachkommen ähnlich verlaufen wird wie jene früherer Migranten-Gruppen. Diese These wird durch die Tatsache unterstrichen, dass sich die eingewanderten Bevölkerungen in den wirtschaftlich erfolgreichen und dynamischen Regionen der Aufnahmeländer konzentrieren. Die Hauptstädte und andere urbane Zentren mit einem grossen Dienstleistungssektor sind die hauptsächlichlichen Destinationen.

Zahlreiche europäische Länder dürften künftig auf Grund der zunehmenden Alterung der Bevölkerung für ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung auf den Beitrag eingewanderter Arbeitskräfte und ihrer Familien angewiesen sein. Die Aufnahmekapazität wird sich aber nur erhöhen, wenn Diskriminierungen und räumliche sowie soziale Ausgrenzungen verhindert werden, das heisst wenn Integration erfolgreich begleitet und organisiert wird. Es würde einem Scheitern der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundprinzipien Europas gleichkommen, falls, als Folge der Einwanderung, neue kulturell und sozial ausgegrenzte Minderheiten entstehen würden. Leider deuten gewisse Untersuchungsergebnisse in diese Richtung hin.

7 Quellen

Council of Europe (Ed.), 2003, *The demographic characteristics of immigrant populations*, Population studies No. 38, Strassburg

Haug Werner, 2002, *The Demography of Immigrant Populations in Europe*, European Population Paper Series No. 8, Europarat, Strassburg

Die Zukunft der Migrationen in der Schweiz²⁾

1 Wieviel Migration?

Die Schweiz steht heute, wie die meisten hoch entwickelten Industriestaaten der nördlichen Hemisphäre, an einem Wendepunkt ihrer demografischen Entwicklung. Als Folge des starken Rückgangs der Kinderzahlen und der Zunahme der älteren Menschen wäre die schweizerische Bevölkerung ohne Migrationen und ihre Folgen bereits rückläufig. Da Migranten und Migrantinnen wesentlich jünger sind als die ansässige Bevölkerung, hat sich die Zuwanderung in der Vergangenheit deutlich verjüngend auf die Altersstruktur der Schweiz ausgewirkt. Dank dem Einfluss der Migrationen gehört die Schweiz noch zu jenen Ländern, die sowohl einen positiven Migrationssaldo wie einen Geburtenüberschuss haben (im Unterschied beispielsweise zu Deutschland, Italien oder Schweden).

Die Bevölkerungsszenarien für die Schweiz (BFS, 2002) zeigen aber, dass sich dies in Kürze auch hier ändern könnte. Im Szenario «Trend» entsteht bereits in 5-6 Jahren ein Sterbeüberschuss. Ab 2015 geht die Erwerbsbevölkerung zurück und in 20-25 Jahren wird das Bevölkerungswachstum insgesamt negativ. Mit Migrationen wird dabei gerechnet! Das Szenario Trend geht (konservativ!) von einer jährlichen Einwanderung ungefähr im heutigen Rahmen (100'000 Personen) aus. Die Aus- bzw. Rückwanderung liegt etwas tiefer, sodass ein durchgehend leicht positiver Migrationssaldo resultiert, der aber unter dem Durchschnitt der 1990er Jahre liegt.

In anderen Szenarien wird der Einfluss stärkerer und schwächerer Migrationen abgeschätzt, so im Szenario «Wanderungssaldo null» und im Szenario «Wanderungssaldo = 20'000». Im Szenario «Wanderungssaldo null» geht die Bevölkerung der Schweiz bereits ab 2008 zurück und der Rückgang beschleunigt sich anschliessend stark. Zwischen 2010 und 2050 schrumpft die Erwerbsbevölkerung der Schweiz um 800'000 Personen (ein Fünftel der heutigen Erwerbsbevölkerung).

Im Szenario «Wanderungssaldo = 20'000» (dies entspricht dem durchschnittlichen Migrationssaldo der 1990er Jahre) tritt ein Bevölkerungsrückgang erst ab 2040 ein, bei einer Einwohnerzahl der Schweiz von 7.8 Mio. Der Rückgang der Erwerbsbevölkerung beginnt erst 2017 und der Rückgang beträgt bis 2050 nur knapp 300'000 Erwerbspersonen.

Die demografische Alterung ist im Szenario mit einem stärker positiven Migrationssaldo (+20'000) deutlich schwächer als im Szenario ohne Wanderungsgewinn. Auch in diesem Szenario wird aber die demografische Alterung bei weitem nicht kompensiert. Dies würde eine unrealistisch grosse und dauernd stärker werdende Immigration erfordern, wie die UNO Studie zum Thema «replacement migration» («Bestandserhaltungsmigration») gezeigt hat (Vereinte Nationen, 2000).

²⁾ Stellungnahme am Hearing der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates zum neuen Ausländergesetz, 4. Juli 2002

Mit aller Deutlichkeit zeigen diese Zahlen, dass die Schweiz auch in Zukunft auf Migrationen angewiesen ist. Ihnen kommt eine grosse und vermutlich noch wachsende Bedeutung für Arbeitsmarkt und Wohlstand der Schweiz zu.

2 Woher kommen die Migrantinnen und Migranten? Wer sind sie?

Die heutige Politik des Bundesrates setzt, ebenso wie der Entwurf für ein neues Ausländergesetz (AuG), auf ein duales System: Freizügigkeit mit EU/EFTA und selektive, auf qualifizierte Arbeitskräfte ausgerichtete Zuwanderung aus Drittstaaten. Von zentralem Interesse ist die Frage, wie viele Personen künftig aus der EU zuwandern und wie viele aus Drittstaaten kommen werden.

Dazu ist einmal festzuhalten, dass sich grundsätzlich alle Staaten der EU in einer ähnlichen demografischen Lage befinden. Bereits in den 1990er Jahren stammten in der EU nur ca. 25-30% aller Neuzuzüger aus andern EU-Staaten. Mit Ausnahme von Belgien, Irland und Luxemburg kam Ende der 1990er Jahre die grosse Mehrheit aller Neuzuwanderer aus Drittstaaten. Auch in der Schweiz kamen in den 1990er Jahren 55% aller Neuzuwanderer aus Drittstaaten, während umgekehrt 60% aller Rückwanderer EU/EFTA Angehörige waren. Der Migrationssaldo mit der EU war negativ. Die ausländische Bevölkerung hat sich daher in der Schweiz in den 1990er Jahren deutlich zu Gunsten von Drittstaatsangehörigen umgeschichtet (von 30% auf 45% der ausländischen Wohnbevölkerung).

Wird sich dies mit der Personenfreizügigkeit wieder ändern? Es ist zwar durchaus zu erwarten, dass es zu einer verstärkten Zuwanderung aus einzelnen Staaten der EU in die Schweiz kommt (insbesondere aus Frankreich, Deutschland und den nordischen Ländern). Auch in der EU ist in den 1990er Jahren die Binnenmobilität fast überall leicht gestiegen, insbesondere in den wirtschaftlich dynamischen Regionen Europas. Aber im Vergleich zur Migration aus Drittstaaten hat die Zuwanderung aus der EU kein grosses Wachstumspotenzial.

Die Bevölkerungsszenarien für die Schweiz erwarten daher, dass sich die Zusammensetzung der Migrationsbevölkerung mittel- und längerfristig weiter zu Gunsten von Drittstaatsangehörigen verändern wird. Dies dürfte sich auch durch die bevorstehende Erweiterung der EU durch die aktuellen Beitrittskandidaten nicht grundsätzlich ändern.

Dabei spielt mit eine Rolle, dass EU-Angehörige häufig nur vorübergehend in der Schweiz bleiben und dass durch eine Arbeitskraft aus der EU im Durchschnitt nur ein Familiennachzug ausgelöst wird. Bei Arbeitskräften aus Drittstaaten sind es drei Familiennachzüge. Dies hängt nicht nur mit andern Familienstrukturen, sondern vor allem mit andern Migrationsperspektiven und der Rechtsstellung zusammen. Angesichts der aufenthaltsrechtlichen Unsicherheit in den ersten Jahren in der Schweiz holen Drittstaatsangehörige Familienmitglieder meist nur schrittweise nach, wenn sich definitive Bleibe- und Integrationsmöglichkeiten abzeichnen.

Bei der Migration von Drittstaatsangehörigen geht es - im Vergleich zur Freizügigkeit mit der EU - um die sowohl quantitativ wie qualitativ zentralen Aspekte der zukünftigen Migrations- und Integrationspolitik der Schweiz, in ihren demografischen, ökonomischen und sozialen Dimensionen.

Zwischen den Industriestaaten des Nordens ist bereits ein Wettkampf um qualifizierte Arbeitskräfte entbrannt. In der Schweiz sind Bildungsstand, Einkommen und Anteil an Kaderberufen bei Angehörigen aus westlichen und nördlichen EU-Staaten bereits seit längerem höher sind als bei den Schweizern selbst. Bei Angehörigen aus südlichen EU-Staaten und erst recht bei Drittstaatsangehörigen ist aber in der Regel das Gegenteil der Fall.

Die angestrebte Höherqualifikation der Migration aus Drittstaaten stellt daher eine weitgehend neue Herausforderung für die Schweiz dar, die innovative Lösungen erfordert. Diese sollten vermehrt auch gemeinsam mit den Herkunftsländern entwickelt werden.

3 Quellen

Bundesamt für Statistik (BFS), 2002, *Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2000-2060. Vollständiger Szenariensatz*, Neuchâtel

Vereinte Nationen, 2000, *Replacement Migration: Is it A Solution to Declining and Ageing Populations?*, ESA/P/WP.160, New York

Informationen

Pressemitteilungen

Einwanderung und Einbürgerung

Ein Drittel der Schweizer Bevölkerung sind Migranten oder Nachkommen von Migranten

Im Jahr 2001 lebten in der Schweiz 2,1 Millionen Erwachsene und Jugendliche, deren Anwesenheit direkt oder indirekt mit der Einwanderung zusammen hängt. Zwei Drittel von ihnen sind selbst eingewandert. Ein Drittel ist in unserem Land geboren, hat aber einen Vater oder eine Mutter, welche ihrerseits in die Schweiz eingewandert sind. Von den ausländischen Staatsangehörigen zählt ein Viertel zur zweiten oder dritten Generation. Einer von zehn Schweizer Bürgern hat den Schweizer Pass durch Einbürgerung erworben. Das geht aus einer Analyse des Bundesamtes für Statistik (BFS) hervor.

Auskunft: Marcel Heiniger, BFS, Sektion Bevölkerungsentwicklung,
Tel.: 032 713 68 74, e-mail: marcel.heiniger@bfs.admin.ch

Publikationen des BFS

Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz – Bericht 2002

Im Jahr 2001 waren in der Schweiz rund 1,5 Millionen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit wohnhaft. Die Ausländerinnen und Ausländer unterscheiden sich in ihrer Altersstruktur, ihrem demografischen Verhalten und ihrer Stellung auf dem Arbeitsmarkt zum Teil deutlich von der einheimischen Bevölkerung. Dennoch ist die überwiegende Mehrheit von ihnen ein stabiler Bestandteil der schweizerischen Gesellschaft geworden.

Die Publikation skizziert aus primär demografischer und arbeitsmarktlicher Sicht ein aktuelles Porträt der Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz. Sie stellt insbesondere auch die gegenwärtigen Wanderungsströme dar, denen eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung der Wohn- und Erwerbsbevölkerung zukommt. Damit liegt ein Referenzwerk der amtlichen Statistik vor, welches Eckdaten zur Ausländer-, Flüchtlings- und Asylpolitik der Schweiz bietet. Im Gegensatz zu anderen bestehenden ausländerstatistischen Veröffentlichungen des Bundes werden alle Aufenthaltskategorien umfassend dargestellt.

Der Bericht präsentiert und kommentiert ausgewählte Masszahlen, welche für diesen Themenbereich relevant sind. Der Schwerpunkt wurde auf die Präsentation der neuesten verfügbaren Ergebnisse in einem ausführlichen Tabellenteil gelegt.

Zusätzliche Informationen sind im BFS bei Marcel Heiniger
(Tel. 032 713 68 74; e-mail: marcel.heiniger@bfs.admin.ch) erhältlich.

Demografisches Porträt der Schweiz – Ausgabe 2002

Mit dem «Demografischen Porträt der Schweiz – Ausgabe 2002» präsentiert das Bundesamt für Statistik (BFS) die zweite Ausgabe des jährlichen Referenzwerks zur aktuellen demografischen Entwicklung der Schweiz. Das «Demografische Porträt» ersetzt zwei in der Vergangenheit erschienene Standardpublikationen des BFS: die «Bilanz der Wohnbevölkerung in den Gemeinden der Schweiz» und die «Bevölkerungsbewegung in der Schweiz». Mit der neuen Publikation können die Leserinnen und Leser alle relevanten Daten zur aktuellen Bevölkerungsentwicklung an einem Ort finden – in gedruckter Form wie auch auf CD-ROM.

Die 20 thematischen Kapitel bieten mit ihren Grafiken und den 17 Übersichtstabellen im Anhang eine kurze Beschreibung der demografischen Entwicklung der Schweiz im Jahr 2001. Neben den aktuellen werden zusätzlich auch historische Daten zu Bevölkerungsstand und -struktur sowie zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz mit allen demografisch relevanten Ereignissen (Geburten, Sterbefälle, Heiraten, Scheidungen, Einbürgerungen, Wanderungen) präsentiert. Mit dem Einbezug der wichtigsten Ergebnisse der neuen Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz bis ins Jahr 2060 wird ebenfalls ein Blick in die Zukunft ermöglicht.

Den Schwerpunkt der beigelegten CD-ROM bilden detaillierte Überblicke und lange Zeitreihen, um die aktuellen demografischen Strukturen sowie die Entwicklungstendenzen sichtbar zu machen. Die CD-ROM enthält den gesamten Inhalt der gedruckten Publikation im PDF-Format und zusätzlich über 270 Tabellen in drei verschiedenen Dateiformaten (Excel, HTML, ASCII); sie kann in den meisten EDV-Umgebungen wie Windows, Mac, Unix etc. verwendet werden. Da die Veröffentlichung umfangreicher Datenreihen auf Papier immer weniger den heutigen Bedürfnissen entspricht, werden alle Detailtabellen zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz einzig in elektronischer Form angeboten. Die Resultate der Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP) mit detaillierten Angaben zu Stand und Entwicklung der Wohnbevölkerung in den Kantonen, Bezirken, Agglomerationen, Städten und Gemeinden der Schweiz im Jahr 2001 sind ebenfalls in diese umfassende Tabellensammlung integriert.

Zusätzliche Informationen sind im BFS bei Anne-Christine Wanders (Tel. 032 713 62 13); E-Mail: anne-christine.wanders@bfs.admin.ch) erhältlich.

Publikationsprogramm BFS

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat – als zentrale Statistikstelle des Bundes – die Aufgabe, statistische Informationen breiten Benutzerkreisen zur Verfügung zu stellen.

Die Verbreitung der statistischen Information geschieht gegliedert nach Fachbereichen (vgl. Umschlagseite 2) und mit verschiedenen Mitteln:

<i>Diffusionsmittel</i>	<i>Kontakt</i>	<i>Diffusionsmittel</i>	<i>Kontakt</i>
Individuelle Auskünfte	032 713 60 11 info@bfs.admin.ch	Publikationen zur vertieften Information (zum Teil auch als Diskette)	032 713 60 60 order@bfs.admin.ch
Das BFS im Internet	www.statistik.admin.ch	Online-Datenbank	032 713 60 86 www.statweb.admin.ch
Medienmitteilungen zur raschen Information der Öffentlichkeit über die neusten Ergebnisse	www.news-stat.admin.ch		

Nähere Angaben zu den verschiedenen Diffusionsmitteln liefert das laufend nachgeführte Publikationsverzeichnis im Internet unter der Adresse www.statistik.admin.ch >>News >>Neuerscheinungen.

Bevölkerung

Publikationsverzeichnis im Bereich Bevölkerung:

- Mikrozensus Familie in der Schweiz 1994/95, Bern 1998, 248 Seiten, Fr. 30.–, Bestell-Nr. 252-9500, ISBN 3-303-01087-0
- Kohortensterbetafeln für die Schweiz. Geburtsjahrgänge 1880–1980, Bern 1998, 64 Seiten, Fr. 9.–, Bestell-Nr. 248-9800, ISBN 3-303-01088-9
- Kantonale demografische Indikatoren 1981–1996. Neuere demografische Entwicklung in den Kantonen, Bern 1997, 98 Seiten, Fr. 18.–, Bestell-Nr. 226-9600, ISBN 3-303-01083-8
- Strukturatlas der Schweiz, Bern 1997, 272 Seiten, Fr. 134.–, Bestellung: Verlag NZZ, ISBN 3-85823-629-2
- Einwanderung in die Schweiz. Demografische Situation und Auswirkungen, Neuchâtel 2001, 68 Seiten, Fr. 10.–, Bestell-Nr. 447-0100, ISBN 3-303-01136-2
- Demografisches Porträt der Schweiz, jährlich
- Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz, jährlich

Demos

Informationen aus der Demografie, herausgegeben vom Bundesamt für Statistik, erscheint viermal jährlich.

Seit 1998 sind erschienen:

- | | | |
|--------|--|--|
| 1/98 | Werner Haug | Demographische Aspekte des Pensionierungsalter. Bestell-Nr. 238-9801 |
| 2/98 | Philippe Wanner | Verhalten der in der Schweiz wohnhaften Ausländer in den Bereichen Ernährung, Alkohol- und Tabakkonsum sowie Gesundheitsvorsorge. Bestell-Nr. 238-9802 |
| 3+4/98 | Werner Haug
Philippe Wanner | Die demografische Lage der Sprach- und Religionsgemeinschaften in der Schweiz. Bestell-Nr. 238-9803 |
| 1/99 | Alexis Gabadinho | Kinderwunsch: eine Analyse der Ergebnisse des Mikrozensus Familie in der Schweiz. Bestell-Nr. 238-9901 |
| 2/99 | BFS | Population et développement cinq ans après la conférence du Caire: le bilan de la Suisse. Bestell-Nr. 239-9902 |
| 3/99 | Mirjam Held
Philippe Wanner | Demografisches Verhalten der Bevölkerung in den fünf Grossagglomerationen der Schweiz um 1990. Bestell-Nr. 238-9903 |
| 4/99 | Laurence Charton | Beginn und Auflösung der ersten Lebensgemeinschaften in der Schweiz. Bestell-Nr. 238-9904 |
| 1/2000 | Marcel Heiniger | REGIPOP – Neue Bevölkerungsstatistik Schweiz. Bestell-Nr. 238-0001 |
| 2/2000 | Werner Haug
Marco Buscher | Die Volkszählung 2000: neu und zukunftsorientiert. Bestell-Nr. 238-0002 |
| 3/2000 | Milad Zarin-Nejadan
Thierry Murier | Analyse der Binnenwanderungen ausländischer Staatsangehöriger in der Schweiz, 1981-1995. Bestell-Nr. 238-0003 |
| 4/2000 | Marc Reichle | Die Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz 1990-1999. Bestell-Nr. 238-0004 |
| 1+2/01 | Anne-Christine
Wanders
Alain Vuille et al. | Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2000-2060. Bestell-Nr. 238-0101 |
| 3/2001 | Philippe Wanner | Biografische Analyse von Familienereignissen. Bestell-Nr. 238-0103 |
| 4/2001 | Marcel Heiniger | Indikatoren zur Integration von Immigrantinnen und Immigranten in der Schweiz. Bestell-Nr. 238-0104 |
| 1/2002 | Martin Schuler
Philippe Wanner
Werner Haug | Räumliche und strukturelle Bevölkerungsdynamik der Schweiz 1990-2000 (Sondernummer). Bestell-Nr. 493-0000 |
| 2/2002 | Philippe Wanner | Veränderungen in der Familienzusammensetzung und im Lebensstil der Familien: eine statistische Analyse. Bestell-Nr. 238-0202 |
| 3/2002 | Jean-Paul Chaze
Anna Gorini | Ein- und Auswanderung nach Alter und Geschlecht für die Periode 1948-1980. Bestell-Nr. 238-0203 |